

Potsdam, 18.08.2020

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Pressemitteilung

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

E-Mail: presseamt@stk.brandenburg.de

Brandenburg-Monitor 2020: **Brandenburg auf gutem Kurs – Vertrauen in Landespolitik** **gestiegen – Sorgen um Arbeitsmarkt**

Die deutliche Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger sieht das Land auf gutem Kurs. Daran ändert auch die Corona-Pandemie nichts. Das Vertrauen in die Landespolitik ist gestiegen. Die Mehrheit bekennt sich zu einem toleranten und weltoffenen Land. Das geht aus dem aktuellen „Brandenburg-Monitor 2020“ hervor, den die Chefin der Staatskanzlei, Ministerin Kathrin Schneider, heute im Kabinett vorstellte. Vom 16. bis 24. Juni 2020 hat dazu das Meinungsforschungsinstitut pmg – policy matters Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH 1.010 repräsentativ Wahlberechtigte in Brandenburg ab 16 Jahren befragt.

Mit dem neuen Monitor liegt nach 2018 die **zweite Querschnittsbefragung** vor. Abgesehen vom aktuellen Thema „Corona“ waren die Fragen identisch, so dass erstmals Vergleiche angestellt werden können. Demnach ist das **Vertrauen** in die gesellschaftlichen Institutionen **insgesamt gestiegen**, insbesondere Feuerwehr und Rettungsdienste (90%), Polizei (66 %) und das Gesundheitswesen (63 %) genießen das Vertrauen der Mehrheit der Befragten.

Das **Vertrauen in politische Institutionen** wie Landesregierung, Landtag, Bundesregierung und Bundestag ist seit 2018 **mit zweistelligen Raten gewachsen**. Dennoch wird Ihnen nach wie vor von einer Mehrheit Misstrauen entgegengebracht. 57 % der Befragten zeigte sich zufrieden bis sehr zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Die Zuwachsrate liegt gegenüber 2018 bei elf Prozent. Der Kurs der Landesregierung in der Corona-Pandemie wird mit deutlicher Mehrheit unterstützt.

Kathrin Schneider: „Der Brandenburg-Monitor bestätigt, dass Brandenburg auf gutem Kurs ist. Erfreulich ist auch, dass im Vergleich mit dem Jahr 2018 insgesamt ein Vertrauensgewinn für die gesellschaftlichen und politischen Institutionen zu verzeichnen ist. Das erreichte Ergebnis kann uns aber noch nicht zufriedenstellen. Wir werden weiter daran arbeiten, unsere Politik noch besser zu erklären.“

Auch wenn das Land insgesamt auf gutem Kurs ist, gibt es gleichwohl regional- und strukturpolitischen Handlungsbedarf. So sehen nur 30 Prozent **gleichwertige Lebensverhältnisse** im Land als verwirklicht an. Die Sorge vor Arbeitslosigkeit hat in Folge der Corona-Pandemie zugenommen.

Kathrin Schneider: „Die Corona-Pandemie hat sich in Brandenburg zum Glück noch nicht übermäßig stark auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Quote ist mit zuletzt 6,5 Prozent relativ stabil. Trotz Corona ist der generelle Blick der Brandenburgerinnen und Brandenburger auf ihre persönliche Zukunft optimistischer als noch vor zwei Jahren. Trotzdem gibt es natürlich auch Sorgen. Ganz oben auf der Liste der politischen Probleme stehen die **Sorge vor Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit**. Darum werden wir uns weiter kümmern. Wir müssen jetzt Wirtschaft und Arbeitsmarkt stabil halten, um gut aus der Krise zu kommen.“

Die Ergebnisse im Einzelnen:

SONDERTHEMA: Corona

- 63 % der Befragten hielten die **COVID19-bedingten Einschränkungen für insgesamt gerechtfertigt**, sieben Prozent für nicht weit genug, 29 Prozent für zu weitgehend.
- 73 % waren **mit dem Krisenmanagement der Landesregierung zufrieden** bis sehr zufrieden und fanden gut, dass das Land auf der Linie der Bundesregierung agierte.
- 62 % zeigten ein **großes bis sehr großes Vertrauen in die diesbezügliche Informationspolitik**.
- 40 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich das zwischenmenschliche Miteinander durch Corona nicht verändert hat, und 38 Prozent sogar, dass es gestärkt wurde.

VERGLEICHSPRAGEBLOCK: Politik und Werteeinstellungen in Brandenburg im Allgemeinen

- Wie bereits 2018 sehen etwa zwei Drittel der Befragten die **Landesentwicklung grundsätzlich in der richtigen Richtung**.
- Die Menschen erwarten aber für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gehaltsentwicklung, Sicherheit und Gerechtigkeit weniger Positives von der Zukunft als noch vor zwei Jahren.
- Anders als 2018 – damals dominierte das Thema Flucht/ Migration – verteilt sich das **Problembewusstsein** unter den verschiedenen angesprochenen Politikbereichen gleichmäßig. In einem weitgehend ausgeglichenen Feld stehen **Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt, soziale Ost-West-Ungerechtigkeit, Armut, Rechtes Denken/Ausländerfeindlichkeit sowie Flucht und Asyl/Migration** knapp an der Spitze.
- Während die Sorgen beim Thema Flucht und Asyl/Migration am stärksten abgenommen hat (um 21 Prozentpunkte), verzeichnet die Sorge um Rechtes Denken/Ausländerfeindlichkeit den größten Zuwachs.
- Interesse an Politik im Allgemeinen und der Landespolitik haben knapp mehr als die Hälfte der Befragten. Auch hier hat das **Interesse** in beiden Feldern seit

2018 für Politik im Allgemeinen etwas, für Landespolitik in Brandenburg um neun Prozent zugenommen.

- **58 Prozent der Befragten fühlen sich sehr gut bis gut informiert**, ebenfalls ein Zuwachs von elf Prozent gegenüber 2018, wobei das Fernsehen nach wie vor von mehr als der Hälfte zur Informationsgewinnung genutzt wird. Ein Drittel bedient sich der Online-Nachrichtendienste und jeweils ein Viertel Radio und Tageszeitungen.
- Die persönliche Lebenssituation wird von den Befragten noch etwas positiver eingeschätzt als im Jahr 2018. **80 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger scheinen mit ihrem Leben zufrieden zu sein** (vier Prozent mehr als vor zwei Jahren). Ein Fünftel ist sogar sehr zufrieden.
- **Knapp zwei Drittel der Befragten sehen positiv in die Zukunft**. Das ist im Vergleich zu 2018 mit etwas mehr als 50 Prozent eine Steigerung.
- Sehr große Sorgen machen sich ein Drittel bis die Hälfte der Befragten dennoch über die Zukunft ihrer Kinder und ihre finanzielle Absicherung sowie ihre finanzielle Situation.
- Die brandenburgische Bevölkerung weist **nach wie vor einen breiten Wertekonsens** auf, in dem **an oberster Stelle Verantwortung für sich selbst, Recht und Ordnung und Freiheit** rangieren. Diese werden nicht nur als wichtig, sondern als sehr wichtig erachtet.
- **Religiosität und Glaube** spielt für ein Drittel der Bevölkerung eine Rolle.
- **Soziale Werte wie Solidarität**, sozialer Zusammenhalt, Schutz vor sozialer Not und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen haben sich am meisten positiv entwickelt.
- Dennoch gehen fast zwei Drittel der Befragten davon aus, dass Themen wie **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und soziale Gerechtigkeit** noch nicht in dem Maße verwirklicht sind, wie sie sich das wünschen. Mehr als die Hälfte teilt diese Einschätzung auch für die Themen Chancengleichheit, Schutz vor sozialer Not, Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und sozialer Zusammenhalt.
- Anders als noch vor zwei Jahren zeigen sich **weniger Vorbehalte und weniger Abschottungstendenzen**.
 - Gut drei Viertel der Befragten stehen für Solidarität, Gleichstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderung.
 - Zwei Drittel stehen für die Gleichstellung Homosexueller.
 - Zwei Drittel teilen keine jüdenfeindlichen Ressentiments.
 - Nach wie vor fast die Hälfte meint, dass wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl gefasst werden sollte, es sind aber sieben Prozent weniger als 2018.
 - Für die Gleichberechtigung der rechtmäßig nach Deutschland eingereisten tritt knapp die Hälfte der Bevölkerung ein, während etwas mehr als ein Drittel, aber vier Prozent weniger als 2018, nach wie vor meint, dass Migranten weniger Rechte zustehen.